



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg in Angelegenheiten der Zwangsvollstreckung durch die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg

Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 1. September 2011 - AZ: 1 BvL 8/11 -

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner Sitzung am 2. November 2011 beschäftigt.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, wie folgt zu beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt keine Stellungnahme in dem oben genannten Verfahren ab.

Thomas Rother
Vorsitzender